

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 2

Artikel: Widerspruch : einige Gedankensplitter zur Provokation von Tobias Kästli in der Roten Revue Nr. 1/2000
Autor: Ritschard, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Widerspruch

Einige Gedankensplitter zur Provokation von Tobias Kästli
in der Roten Revue Nr. 1/2000

Im Artikel von Tobias Kästli stehen einige Sätze, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es lohnt sich, die entsprechenden Passagen zu zitieren: «Es manifestieren sich da im Grunde genommen die Ansprüche eines kommunistischen Egalitarismus, der aber nicht gleiche Armut für alle, sondern das Schlaraffenland für alle will. Dass dies nicht möglich ist, wäre eigentlich in diesem Jahrhundert hinläng-

Rolf Ritschard

lich bewiesen worden. Auch im nächsten Jahrhundert wird es aller Voraussicht nach nicht möglich sein.» (S. 41, *rechte Spalte unten*, S. 42) «Wir müssen vom Egalitarismus abrücken und – ausgehend von realer Ungleichheit – die konkreten politischen Ziele formulieren.» (S. 42, *linke Spalte unten*) «Allzu oft werden Rechte höher bewertet als Pflichten ... Aber sind es nicht Sätze, die aus dringender Notwendigkeit heraus gegen eine moralisch verbrämte Anspruchsmentalität ankämpfen?» (S. 41, *rechte Spalte oben*)

Um gleich mit dem Letzten zu beginnen: Zeugt es nicht von einem etwas gar einseitigen und wenig differenzierten politischen Denken, wenn scheinbar ohne Skrupel der rechtspopulistische Begriff «Anspruchsmentalität» verwendet wird, ohne gleichzeitig zu bedenken, dass in der Gesellschaft Ausgrenzungen, Verarmungsprozesse und Verschlechterungen von Lebensverhältnissen laufend vorkommen? Kann denn so einseitig die Be-

grifflichkeit des Neoliberalismus übernommen werden, ohne sie in bestehende gesellschaftliche Entwicklungen einzubetten und sie auf ihre ideologische Instrumentalisierung zu hinterfragen?

Ist es richtig, traditionelle Begriffe über Bord zu werfen oder gar zu diskreditieren, obwohl diese Begriffe politische Positionen widerspiegeln, hinter die zurückzugehen einen Rückschritt bedeuten würde? Wo bleiben Restbestände des dialektischen Denkens, das heute zwar schwieriger geworden ist, weil es in der bestehenden Unübersichtlichkeit nicht mehr so leicht ist festzustellen, was nun wirklich vom Kopf auf die Füsse zu stellen ist oder umgekehrt, und dabei auch Fortschritt und Rückschritt nicht mehr so einfach festzumachen?

Beginnen wir mit dem Egalitarismus, einem linken Begriff par excellence: Streichen wir einmal das Wörtchen «kommunistisch» im Satz von Tobias Kästli. Ersetzen wir das hässliche Wort «Egalitarismus» mit dem vom Autor ebenfalls benutzten Begriff Gleichheit. Denken wir zurück an die Französische Revolution mit dem Schlachtruf «Liberté, égalité, fraternité» (die Schwesterlichkeit ist in der Zwischenzeit auch dazugekommen, weshalb es wohl besser ist, heute von «solidarité» zu sprechen). Überlegen wir uns nun, ob die Linke im Zeitalter des Turbokapitalismus, so bezeichnet übrigens von etwas weitsichtigeren USA-Republikanern, auf den Begriff der Gleichheit verzichten kann.

Wenn der kommunistische Egalitarismus in diesem Jahrhundert nicht möglich gewesen ist, warum sollte im nächsten Jahrhundert sozialdemokratische Gleichheit nicht möglich sein? Gleichheit, die neu und an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen und an den zukünftig gewollten zu definieren und zu messen wäre? Ein bisschen (politisch gefährliche?) Teleologie steckt schon hinter diesen Gedanken, gewiss, aber ohne eine Prise Hoffnung lässt sich der real existierende Kapitalismus nur schwer ertragen und führt zu politischer Resignation.

Sollen die Uhren zurückgedreht werden, soll auf den Begriff der Gleichheit wirklich verzichtet werden, soll die Linke, zusammen mit reaktionären Kräften, vor die Zeit der Französischen Revolution zurückfallen, auch wenn die Gleichheit damals, in einer anderen historischen Situation, anders zu verstehen war? Es mag sein, dass Gleichheit heute sehr viel stärker mit Gerechtigkeit verknüpft werden müsste.

Die reale Ungleichheit als unabänderlich zu betrachten, wie es einer der zitierten Sätze von Tobias Kästli suggeriert, heisst doch nicht, sich vom Gleichheitspostulat ganz zu verabschieden. Denn bei der Ungleichheit geht es weniger um einen abstrakten Zustand von (immer bestehenden) Ungleichheiten zwischen den Menschen, sondern z. B. um einen ganz konkreten historischen Prozess von zunehmender Ungleichheit, von einer Umverteilung von unten nach oben oder von prekärer werdenden Lebensbedingungen von Teilen der Bevölkerung. Und dagegen muss sich die Linke wehren, im Namen der Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Verteilungsfrage konnte der Kapitalismus bisher nicht lösen, und ob er es je kann, bleibt offen. Dies wäre übrigens nicht nur, wie der Misserfolg des kommunistischen Egalitarismus gemäss Verständnis von Tobias Kästli, in diesem Jahrhundert hinlänglich bewiesen worden, sondern schon

mindestens im Laufe von zwei Jahrhunderten.

Es gehört durchaus zur Aufgabe einer sozialdemokratischen Partei, die abstrakten Begriffe Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit immer wieder neu mit Inhalt zu füllen und den historischen Entwicklungen anzupassen. Dies bedeutet aber wohl nicht, dass diese Partei «sich im Gleichschritt (!) mit den gesellschaftlichen Veränderungen» (S. 40, *rechte Spalte*) so veränderte, dass sie sich dem ideo-logischen Zeitgeist anpasst und keinen Widerstand entwickeln würde gegenüber Worthülsen aus dem Schatzkästchen des Neoliberalismus, die direkt aus der NZZ abgeschrieben sein könnten, auch wenn sie von Schröder/Blair stammen: «persönliche Leistung, Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung, Gemeinsinn» (S. 41, *rechte Spalte oben*). Diese Begriffe sind von der Rechten besetzt, und wie. Und sie decken zu, Ungerechtigkeiten und Machtverhältnisse nämlich anstatt gesellschaftliche Bedingungen zu erhellen, und sie erzeugen Ohnmacht und individualisierende Schulduweisungen, anstatt zum Handeln aufzurufen. Die Begriffe müssen von der Linken neu definiert werden, damit sie Sinn machen können.

Dabei geht es nicht darum, z. B. Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung oder Unternehmergeist zu verteufeln und in die Mottenkiste bürgerlicher Werte zu werfen. Im Gegenteil, diese Werte sind auch aus einer linken Optik sehr wichtig. Eigenverantwortung z. B. könnte heissen, aus Verantwortungsbewusstsein Machtverhältnisse zu hinterfragen und sie auf politischem Wege zu verändern. Zu bedenken ist aber, dass diese Werte nicht nur politisch ambivalent eingesetzt werden. Sie sind auch janusköpfig oder stellen Münzen dar, deren Rückseite ebenfalls zu beachten ist. So gehört z. B. zur Leistungsbereitschaft immer auch die Leistungsfähigkeit, die

ungleich verteilt sind. Und mit diesen Ungleichheiten gilt es «gerecht» umzugehen. Und wie kann z. B. Eigenverantwortung wahrgenommen werden, um unbezahlte Arbeit und Dienste im Interesse der Allgemeinheit gleichmässiger zwischen Frauen und Männern aufzuteilen, wenn die Gleichheit zwischen den Geschlechtern nicht verwirklicht ist (Lohndiskriminierungen, ungleiche Berufsaussichten)? Das setzt doch der Wahlfreiheit und der Selbstverantwortung Grenzen.

Ungleichheit lässt sich übrigens nicht nur, wie das letzte Beispiel antönt, auf materielle Ungleichheit reduzieren, deren politische Bekämpfung gemäss Tobias Kästli angeblich so unmöglich erscheint. Es wäre indessen eine Bankrotterklärung der Linken, wenn sie sich nicht für ein bisschen mehr materielle und immaterielle Gleichheit zwischen den Menschen, auch in der Schweiz, einsetzen würde. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und Ungleichheiten sind, wie sie sind; sie ermöglichen Freiheitsräume und beschränken uns; sie sind aber zu verändern, wenn es notwendig ist.

Das Rad der Geschichte lässt sich nicht mehr sozialromantisch zurückdrehen. Gemeinsinn z. B. setzt Gemeinschaften voraus, aber wir leben heute in einer komplex differenzierten Gesellschaft, in der die Moral des Gemeinsinns nicht mehr genügt. Die Grundrechte wie Menschenwürde, Menschenrechte, Wohlfahrt für alle, Gerechtigkeit lassen sich nur mit der Weiterentwicklung des Rechts und der Rechte sichern. Die eindeutige, rigide (zurück ersehnte?) Moral musste schon längst von einem Rechtssystem abgelöst werden, das widersprüchliche Interessen mit Grundwerten in eine einigermassen stabile, manchmal auch eher labile Balance bringt. Dies vor allem deshalb, weil die gesellschaftliche Entwicklung grundsätzlich mit Moral nichts zu tun hat. Die moderne gesellschaftliche Entwicklung

lässt sich primär nur mit dem Recht und mit Rechten «zivilisieren» und kaum mit Moral. (Zur weiteren Erörterung des Spannungsverhältnisses zwischen Moral und Recht fehlt hier der Platz.)

So wirkt auch der Satz, dass «die Rechte oft höher bewertet werden als die Pflichten» (*S. 41, rechte Spalte oben*), ahistorisch und – polemisch ausgedrückt – direkt aus einer pietistisch-protestantischen Moral und Ethik entliehen. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger wurden in einem langen historischen Prozess erkämpft. Die Freiheitsrechte, die Menschenrechte, die Sozialrechte, sofern die Letzteren auch in unserem Land bereits existieren sollten, sind nicht für alle Ewigkeit gesichert. Die «amoralische» gesellschaftliche Entwicklung erzeugt immer neue Bedrohungspotenziale für die Rechte der Menschen, welche die Entfaltungsmöglichkeiten, die Freiheit, die Autonomie, die soziale Sicherheit, die Menschenwürde einschränken können, exemplarisch etwa zu beobachten bei der Entwicklung der Gentechnologie. Die Rechte müssen deshalb immer wieder neu gesichert und weiterentwickelt werden.

Rechte und Pflichten sind zudem ungleich verteilt: Die Pflichten der grossen Mehrheit der Bevölkerung bestehen heute darin, möglichst flexibel, jung-dynamisch und leistungsfähig zu sein, als Arbeitskraft wie eine Maschine zu funktionieren, die Verschlechterung der Lebensverhältnisse und der sozialen Sicherheit zu akzeptieren, gegen eine «moralisch verbrämte Anspruchshaltung» anzukämpfen, Eigenverantwortung wahrzunehmen und Unternehmergeist zu entwickeln. Konsequent weiter gedacht würde dies bedeuten, dass jeder und jede, die diese modernen Pflichten nicht erfüllen kann, selber am eigenen Elend schuld wäre oder gar des Schmarotzertums bezichtigt werden müsste. Das Recht und die Freiheit einer kleinen Minderheit besteht hingegen da-

rin, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu ihren Gunsten weiterzuentwickeln und die moderne Entwicklung bzw. Rückentwicklung des Neoliberalismus in zwar modernisierte, nichtsdestotrotz aber in tendenziell frühkapitalistische Zustände als objektiv unabänderlich darzustellen.

Es mag sein, dass diese etwas holzschnittartige Sichtweise differenziert werden müsste, und ich möchte Tobias Kästli nicht alle reaktionären Konsequenzen unterschieben, die sich in dieser polarisierenden Sichtweise widerspiegeln. Schliesslich will auch er von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit her die Aufgaben der Sozialdemokratie neu definieren. Zu fragen ist dennoch, ob vor dem Hintergrund der modernen Entwicklung ein Paradigmenwechsel, d. h. weg von den Rechten und hin zu den Pflichten, politisch notwendig bzw. sinnvoll ist. Es gibt durchaus Pflichten in einer Gesellschaft, aber diese müssen etwas «gleicher» verteilt werden, womit wir wieder beim Gleichheitspostulat wären. Der Autor der Provokation begibt sich in ein politisch gefährliches Fahrwasser mit dem Rekurs auf die Pflichten, deren Bedeutung und Stellenwert im Artikel politisch nicht hinterfragt werden.

In einem ist Tobias Kästli Recht zu geben: Die Sozialdemokratie hat die programmatischen Konsequenzen aus der Wende von 1989 bei weitem nicht gezogen. Es genügt wohl nicht mehr, sich allenfalls als gute Marxisten oder Sozialistinnen zu bezeichnen und sich vom vergangenen Zeitgeist die Köpfe nostalgisch umnebeln zu lassen. Noch problematischer ist es aber, sich dem Zeitgeist einer politischen Rechtsbewegung kritiklos unterzuordnen und die Verschröderung sozialdemokrati-

scher Politik als Weisheit letzter Schluss zu akzeptieren.

Allerdings dürfen bei dieser Neudefinition sozialdemokratischer Politik nicht politische Positionen problematisiert werden, die eigentlich geklärt sind. Es geht doch nicht um «moralisch verbrämte Anspruchshaltung», sondern um Hilfe zur Selbsthilfe oder um die Notwendigkeit von Widerstand gegenüber dem Abbau oder der Gefährdung von legitimen Grundrechten. Konservativ sein bedeutet in einer Phase des historischen Rückschritts manchmal eben auch fortschrittlich sein. Dies muss aber aus einer selbstbewussteren Position und mit viel offensiverem Geist vertreten werden, mit einer Lust an politischen Projekten, Plänen und neuen Definitionen. Anstatt den Sozialismus schon fast als Schimpfwort zu gebrauchen oder sich verschämt und voreilig von der Überwindung des Kapitalismus zu verabschieden, bei dem schliesslich gewisse stärkere und schwächere Affinitäten zum Faschismus des 20. Jahrhunderts phasenweise klar erkennbar sind (*vgl. Hobsbawm*), muss diese Überwindung vielleicht neu gedacht werden: nicht in Kategorien des real existent gewesenen Sozialismus, sondern auf humanen Versuchen einer demokratischen Entwicklung, die Freiheit, Autonomie, Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde zu verbinden weiss. Damit könnte auch die mythische, ideologische, quasi-religiöse, rattenfängerische und einseitige Begrifflichkeit des Neoliberalismus demaskiert werden.

Rolf Ritschard ist Soziologe, lebt im Kanton Bern, ist erwerbstätig im Kanton Neuenburg und wohnt nicht im Kanton Solothurn.